

Das rund 20 Hektar große neue Gewerbegebiet soll links der Autobahn direkt gegenüber von Ostheim geschaffen werden. Der neue BAB-Anschluß mit seinen zwei „Ohren“ soll direkt bei Ostheim gebaut werden, für das Dorf ist eine rund 1,3 Kilometer lange Umgehungsstraße geplant. (Foto: Stier)

GEWERBEGBEIT OSTHEIM

Zusagen vom Land liegen vor

Das gemeinsame Gewerbegebiet bei Ostheim ist ein gutes Stück näher gerückt: Inzwischen liegen verbindliche Zusagen von Land und Bund zur Finanzierung der erforderlichen Straßen vor.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Im Oktober war noch von einem „Begräbnis erster Klasse“ geredet worden. Heute stehen die Chancen für ein gemeinsames

VON THOMAS STIER

Gewerbegebiet für Melsungen, Felsberg, Spangenberg, Morschen und Malsfeld an der Autobahn bei Ostheim so günstig wie nie zuvor. Bei einem Treffen der Fraktionschefs der Kommunalparlamente am Dienstag im Malsfelder Rathaus berichtete Klaus Stiegel, Vorsitzender des Zweckverbandes Gewerbegebiet Mittleres Fulda-tal und Felsberger Bürgermeister, von einem fertig geschnürten Paket, für das verbindliche Finanzierungszusagen durch Land und Bund schriftlich vorliegen.

Autobahnzubringer

Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermarktung des zunächst 20 Hektar großen Gewerbegebietes ist eine optimale Anbindung ans überregionale Straßennetz. Dabei ist ein neuer Zubringer von der B 83 beim Gut Fahre zum neuen Autobahnanschluß Ostheim von zentraler Bedeutung. Diese rund 4,5 Kilometer lange Strecke ist nach neuen Berechnungen mit rund 20 Millionen Mark veranschlagt. Diese Summe solle, so Stiegel, wie folgt finanziert werden: Der Schwalm-Eder-Kreis wird als Bauträger auftreten und dafür vom Land über das Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetz (GVFG) eine Beihilfe von 80 Prozent der Kosten erhalten. Diese Beteiligung von rund 16 Millionen Mark habe das Land schriftlich zugesagt, erklärte Stiegel.

Die restlichen vier Millionen Mark für den als Kreisstraße konzipierten Zubringer müssen von den fünf Mitgliedskommun-

nen des Zweckverbandes aufgebracht werden. Da Melsungen am stärksten von dem Zubringer profitieren würde – er macht den Bau einer Ortsumgehung bei Obermelsungen überflüssig – müßte die Stadt auch den Löwenanteil dieser Kosten tragen, meinten die Vertreter der anderen Kommunen. Wie die vier Millionen letztlich verteilt werden, müsse aber noch geregelt werden.

Landrat Jürgen Hasheider bekräftigte die Bereitschaft des Kreises, als Bauträger für den Zubringer aufzutreten. Staatssekretär Matthias Kurth aus dem Hessischen Verkehrsministerium habe ihm zugesagt, daß die Übertragung der Baulast durchs Land auf den Kreis schon bald erfolgen werde.

Der Kreis werde auch die Gesamtplanung des Projektes übernehmen – die Kosten trägt der Zweckverband – und sich bemühen, so schnell wie möglich Baurecht zu erlangen, kündigte Hasheider an. Bei optimalem Verlauf der Planungsphase hielt es der Landrat für möglich, daß schon im nächsten Jahr konkret mit den Bauarbeiten begonnen werden könne.

Voraussetzung für die Finanzierung des Zubringers mit GVFG-Mitteln sei die Abstu-

fung verschiedener Hochlandstraßen, erläuterte Stiegel. Möglich sei auch, daß der Bund später den neuen Zubringer übernehme, wenn gleichzeitig der heutige Autobahnzubringer B 253 bei Melsungen zur Landesstraße zurückgestuft werde.

Autobahnanschluß

Mindestens ebenso wichtig wie der Zubringer ist ein neuer Autobahnanschluß bei Ostheim. Auch dafür stehen die Zeichen günstig. Der Bund, so Stiegel, werde den Anschluß finanzieren, wenn gleichzeitig die noch im Bundesverkehrswegeplan enthaltene Ortsumgehung Melsungen entfällt und die B 253 zur Landesstraße werde. Veranschlagt ist der BAB-Anschluß mit rund fünf Millionen Mark, die sich Bund und Land teilen würden. Auch dafür liegen laut Stiegel schriftliche Zusagen vor. Die mit der Planung des gesamten Projektes beauftragte Gesellschaft für Kommunalbau in Hessen hat für den neuen Anschluß bereits eine Planung erarbeitet. Friedrich Michael Fillies, Leiter der GKH-Niederlassung Kassel, geht davon aus, daß die zwei „Ohren“ der Anschlußstelle Ostheim täglich von rund 1000

Fahrzeugen genutzt würden.

Damit Ostheim nicht im Verkehr von und zum Gewerbegebiet erstickt, muß für das Dorf eine nördliche Ortsumgehung von etwa 1,3 km Länge gebaut werden. Die Finanzierung der dafür nötigen 3,8 Millionen Mark wolle das Land aus eigenen Mitteln bestreiten, teilte Stiegel mit. Vermutlich, so Landrat Hasheider, werde der Bau der Ortsumgehung erheblich billiger werden.

Innere Erschließung

Für die innere Erschließung des Gewerbegebietes mit Straßen, Kanal und Wasser liegen laut Stiegel zwei Konzepte vor, die Kosten bewegen sich zwischen 10,2 und 12 Millionen Mark. Bei einem Verkauf für 65 Mark pro Quadratmeter sei mit einem Erlös von rund zwölf Millionen zu rechnen, so daß hierfür keine weiteren Kosten auf den Zweckverband zukämen. Die schrittweise Erschließung müsse lediglich vorfinanziert werden.

„Wir haben den Karren wieder in Bewegung gebracht und verfügen jetzt über eine finanzierbares und tragfähiges Konzept“, äußerte sich Stiegel zufrieden. Darüber müsse nun so schnell wie möglich in den Parlamenten beraten und entschieden werden.

Auch Landrat Hasheider drängte zur Eile: „Es liegt jetzt an uns, schnell tätig zu werden. Auch die anderen schlafen nicht.“ Das Gewerbegebiet Ostheim sei ein Modellvorhaben, wie es in Hessen kein zweites gebe. Die beteiligten Kommunen könnten stolz sein auf dieses beispielhafte Projekt, das wegen seiner Bedeutung vom Land auch besonders gefördert werde.

„Solider Weg“

„Wir haben einen soliden Weg eingeschlagen, auf dem wir jetzt weitergehen müssen“, meinte Zweckverbandsvorsitzender Stiegel, der besonders auch den Landtagsabgeordneten Günter Rudolph (SPD) und Dieter Posch (FDP) für ihren Einsatz zugunsten des Vorhabens dankte und sie um ihre weitere Unterstützung bat.

Blick nach vorn richten

Nachdem in der Verbandsversammlung im Oktober bekannt geworden war, daß die erwartete 40prozentige Beteiligung des Landes an den Erschließungskosten des Gewerbegebietes nicht fließen werde, hatten Abgeordnete in einzelnen Parlamenten Unmut und auch scharfe Kritik an der Gesellschaft für Kommunalbau Hessen geäußert. Die GKH ist mit der Planung des Gesamtprojektes beauftragt.

Die Parlamentarier hatten damit gerechnet, daß mit dem Wegfall der Förderung das gesamte Vorhaben „gestorben“ sei und sich verärgert darüber geäußert, daß trotzdem einige 100 000 Mark Planungskosten an die GKH gezahlt werden sollten.

Deren Geschäftsführer, der

frühere Minister Jörg Jordan, stellte sich am Dienstag dieser Kritik, die allerdings angesichts der neuen, noch günstigeren Finanzierungsmodelle nicht erneuert wurde.

Spangenberg's Bürgermeister Hans-Jürgen Köbberling räumte Fehler der Mitgliedskommunen ein, die den Zweckverband zu spät gegründet und dadurch Informationsdefizite geschaffen hätten. Köbberling: „Wir haben das Pferd von der falschen Seite aufgezäumt.“

Landrat Hasheider rief dazu auf, nicht weiter in der Vergangenheit zu wühlen, sondern den Blick nach vorn zu richten. Der GKH bescheinigte er eine absolut professionelle Arbeit, die die Startchancen des Projektes erheblich verbessert hätte. (tom)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

Posch (FDP): Zweifel an Finanzierungsmöglichkeit

Der FDP-Landtagsabgeordnete Dieter Posch hat Zweifel angemeldet, daß das Land Hessen die zugesagten Summen für den Straßenbau beim Gewerbegebiet Ostheim aufbringen kann.

MELSUNGEN ■ Die FDP-Landtagsfraktion unterstütze mit Nachdruck das interkommunale Gewerbegebiet Ostheim, habe aber Zweifel, ob das Land seine Zusagen zur Finanzierung der damit verbundenen Straßenbauvorhaben auch tatsächlich einlösen könne. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dieter Posch (Melsungen) bezeichnete in einer Pressemitteilung die Finanzierungszusagen des Landes für den Straßenausbau im Schwalm-Eder-Kreis als „in höchstem Maße unseriös“.

Im Landeshaushalt seien für die Zukunft insgesamt 36 Straßenbaumaßnahmen für den Schwalm-Eder-Kreis enthalten, begründete Posch seinen Vorwurf. Dafür seien 36 Millionen Mark erforderlich, genau die Summe, die im Haushalt der rot-grünen Koalition für den Landesstraßenbau im ganzen Land bereitgestellt werde. Dieses Geld, so Posch, müsse komplett in den Kreis fließen, sollten die Maßnahmen tatsächlich realisiert werden.

Unter diesen Vorhaben befänden sich so wichtige wie der

Ausbau der Landesstraße zwischen Melsungen und Günsterode (5,7 Millionen DM), zwischen Melsungen und Obermelsungen (1,4 Millionen) und der erste Bauabschnitt der Ortsumgehung Homberg (5,4 Millionen). Durch das Gewerbegebiet Ostheim kämen noch einmal 1,8 Millionen als Anteil des Landes zum neuen Autobahnanschluß und 3,8 Millionen für die Ortsumgehung Ostheim hinzu.

Nach die Regierung bisher alle Anträge auf Erhöhung der Straßenbaumittel abgelehnt habe, sei für ihn unvorstellbar, daß hier jetzt ein Sinneswandel eintreten könnte, meinte Posch.

Bei den von Felsbergs Bürgermeister Klaus Stiegel vorgestellten Zusagen des Landes an den Zweckverband Gewerbegebiet Mittleres Fuldatal (HNA berichtete), handele es sich nicht um Zusagen von Minister Klemm, sondern um Schreiben auf Beamtenebene. Nachdem Klemm bisher seine Bitte um eine verbindliche Finanzierungszusage nicht beantwortet habe, wolle er jetzt erneut darauf drängen, kündigte Posch an.

Die Maßnahmen müßten schnell umgesetzt werden, forderte der FDP-Politiker. Er könne aber den „wahlkampfbedingten Optimismus“ von Landrat Hasheider, daß schon im nächsten Jahr das Baurecht vorliegen könnte, nicht teilen. Hier sei Ehrlichkeit angesagt, den Bürgern dürfe kein Sand in die Augen gestreut werden.

(tom)

FDP

Gebiet für Gewerbe ausweisen

MELSUNGEN ■ Die FDP-Fraktion im Melsunger Stadtparlament hat den Magistrat gebeten, dafür zu sorgen, daß im Regionalplan Nordhessen für die Bereiche Buschberg und Obermelsungen ausreichend große Gewerbeflächen ausgewiesen werden.

Derzeit, so Fraktionsvorsitzender Gerhard Nießner in einem Schreiben an den Magistrat, gebe es in der Stadt keine freie Flächen zur Gewerbeansiedlung mehr.

Andererseits müßten aber die sicher noch mehrjährige Wartezeit bis zur Inbetriebnahme des Gewerbegebietes Ostheim überbrückt werden. Besonders Handwerksbetrieben müsse in der Stadt die Möglichkeit für Ansiedlung oder Erweiterung gegeben werden.

Außerdem ist es aus Sicht der Liberalen erforderlich, die Vorranggebiete zum Schutz von Natur und Landschaft von derzeit 50 Prozent der Überlagerungsfläche auf zehn Prozent zu senken. Die Stadt wird aufgefordert, ihre Stellungnahme zum Regionalplan in diesem Sinne zu ergänzen.

(tom)

CDU fordert besseren Informationsfluß

MALSFELD ■ Viele Diskussionen ums Gewerbegebiet Malsfeld hätten anders laufen können, wenn die Parlamentarier besser informiert gewesen wären. Das meint die CDU-Fraktion Malsfeld. Vorsitzender Klaus Rehs hat deshalb einen Antrag für die nächste Sitzung eingereicht.

Ziel ist es, daß der Gemein-

devorstand den Volksvertretern in jeder Gemeindevertretersitzung über den Stand der Planung, die Entwicklung und die Finanzierung des gemeinsamen Gewerbegebietes Ostheim und der damit verbundenen Neuordnung der Verkehrswege berichtet.

Wörtlich heißt es in der Antragsbegründung: „Die kontro-

verse politische Diskussion verschiedener Fraktionen im letzten Viertel des vergangenen Jahres wäre mit einer besseren Transparenz entbehrlich gewesen.“ Der Zweckverband hätte wie geplant im November 1998 mit konkreter Arbeit beginnen können. Das müßten die Teilnehmer des jüngsten interfraktionellen Gespräches im Nach-

hinein einsehen. Die damals gegebenen Informationen hätten die Parlamentarier schon wesentlich früher erreichen müssen. „Dann hätten wir uns Sperrvermerke und solche Sachen sparen können“, so Rehs. Mit ihrem Antrag wolle die CDU-Fraktion vermeiden, daß es künftig zu unnötigen Verzögerungen komme. (1)

Melungen

GEMEINDEVERTRETERSITZUNG

Gewerbegebiet im Mittelpunkt

15.03.99

MALSFELD ■ Hauptsächlich um das Gewerbegebiet Ostheim geht es bei der nächsten Sitzung der Malsfelder Gemeindevertreter am Donnerstag, 18. März, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Malsfelder Rathauses.

Die Gemeindevertreter beraten und beschließen über die Festlegung des Gewerbegebiets nach dem Regionalen Raumordnungsplan, über Finanzierungsmöglichkeiten zur Erschließung des Gebiets und über den Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem Kreis und dem Zweckverband „Interkommunales Gewerbegebiet“. In der Vereinbarung geht es um die Zusammenarbeit zwischen Kreis und Zweckverband beim

Bau der Ostheimer Umgehungsstraße, darum, wie die Arbeit und die Kosten verteilt werden. Außerdem müssen Beschlüsse zur Aufstellung diverser Bebauungspläne und zur Änderung des Flächennutzungsplans gefaßt werden. Und die CDU-Fraktion hat einen Antrag auf regelmäßige Berichterstattung zur Planung, Entwicklung und Finanzierung des Gewerbegebiets gestellt (HNA berichtete).

Weitere Punkte auf der Tagesordnung sind unter anderem die Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Vorgriff auf den ersten Nachtrag sowie eine Anfrage der CDU-Fraktion zur Ausbildungsplatzförderung.

(iko)

Mörscher Parlament stimmt Beitritt zu

Die anfänglichen Vorbehalte des Mörscher Parlaments für einen Beitritt der Gemeinde zum Interkommunalen Gewerbegebiet bei Ostheim sind ausgeräumt. Das Parlament gab grünes Licht.

MORSCHEN ■ Eine längere Debatte drehte sich bei der jüngsten Sitzung der Mörscher Gemeindevertretung am Dienstag um das Interkommunale Gewerbegebiet Ostheim. Ein Punkt der Tagesordnung sah die Aufhebung eines Sperrvermerks zum Beitrittsbeschluss Morschens vor.

Die entsprechende Vorlage beinhaltete den Verzicht auf den Vorbehalt, das Projekt nur weiterzuführen, wenn rund 40

Prozent Zuschüsse vom Land für die innere Erschließung fließen, und die Zustimmung zur Unterstützung des Landes bei der äußeren Erschließung als Kompensation.

„Damals war Voraussetzung, daß die innere Erschließung gesichert ist“, blickte Morschens Bürgermeister Herbert Wohlgemuth zurück auf den Grund für den Sperrvermerk. „Das Umschwenken ist dem Vorstand sehr gut gelungen, wir stehen deutlich besser da als Mitte 1998.“

„Vom Grundsatz her ist ein solcher ergänzender Beschluss überfällig“, meinte Uwe Ludwig von der FDP. Die Formulierung „Mögliche künftige Förderwege sind anzustreben“ in Bezug auf die Finanzierung der inneren Erschließung in dem Beschluss war ihm allerdings zu

vage. „Wir könnten da in eine furchtbar gefährliche Falle tapen“, meinte er und schlug vor, statt dessen eine Verpflichtung, Förderwege aktiv zu erschließen, in den Beschluss hineinzuschreiben.

„Wir müssen auf den Zweckverband und die Bürgermeister vertrauen“, meinte hingegen Heinz-Dieter Kaiser (CDU). Für ihn stellten sich andere Fragen: zum einen, mit welchen Einnahmen in Morschen zu rechnen sei, die den Ausgaben in Höhe von 300 000 Mark gegenüberstünden, und zum zweiten die Frage nach der Planungsgesellschaft GKH, deren Arbeit in zwei Sitzungen von der Qualität her unterschiedlich bewertet worden sei.

Alf Wiegand (SPD) meinte, eine Beanspruchung von Fördermitteln sei selbstverständ-

lich, und da es immer weniger gebe, sei sie auch überschaubar. Zur GKH gebe es keine Alternative.

„Nur derjenige kann Fördermittel bekommen, der schnell reagiert.“ Darauf wies Morschens Bürgermeister Herbert Wohlgemuth hin – und darauf, daß alle Bürgermeister auf Fördermittel achten würden. Die GKH arbeite die Vorplanung ab, dann würde ihr Vertrag auslaufen, die weitere Planung erneut ausgeschrieben. „Wir sollten das Gewerbegebiet auf die Strecke und nicht zur Strecke bringen“, appellierte Wohlgemuth. Die Gemeindevertreter beherzigten diesen Appell – und stimmten bis auf die Grünen und eine Enthaltung aus den Reihen der FDP für die Aufhebung des Sperrvermerks.

Vaupel: „Information ist selbstverständlich“

MALSFELD ■ Im Bedarfsfalle verstehe es sich von selbst, daß das Malsfelder Parlament vom Gemeindevorstand über alle Neuigkeiten in Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet Ostheim aus dem Zweckverband informiert wird, sagte Bürgermeister Herbert Vaupel am Donnerstag. Eine besondere Beschlußfassung, daß es zu dem Thema jedes Mal einen Bericht des Gemeindevorstandes geben sollte, sei nicht nötig, meinte Vaupel. Er war sich darin einig mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Helmut Weber. „Wir sehen absolut keinen Sinn in einer Institutionalisierung dieses Tagesordnungspunktes.“

Eine Information sollte selbstverständlich sein, meinte auch Lothar Kothe, Fraktionsvorsitzender der Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal

(GL). So stimmten lediglich die Parlamentarier der CDU-Fraktion für ihren eigenen Antrag, einer ständigen Information einen festen Platz auf den Tagesordnungen der Sitzungen einzurichten. Fraktionsvorsitzender Klaus Rehs berichtete aus der interfraktionellen Sitzung von Ende Januar, daß danach „ein Aha-Effekt zu spüren“ gewesen sei. Die kontroverse Diskussion im Dezember wäre entbehrlich gewesen, wenn alle Informationen bekannt gewesen wären.

Es sei vereinbart gewesen, daß es keine Alleingänge in den Parlamenten geben solle, begründete Herbert Vaupel seine Informationspolitik aus dem Zweckverband Gewerbegebiet. Er schränkte auch ein: „es gab Mißverständnisse, es ist einiges schief gelaufen“.

Ja zum nächsten Schritt

Für das gemeinsame Gewerbegebiet Mittleres Fuldatal (GMF) hat Felsbergs Parlament den Weg frei gemacht für die innere und äußere Erschließung sowie die prozentuale Aufteilung der Kosten.

FELSBERG ■ SPD, CDU und FWG haben sich für die Aufhebung eines im Mai vergangenen Jahres beschlossenen Vorbehalt ausgesprochen, haben den Vorschlag für die innere und die äußere Erschließung des interkommunalen Gewerbegebietes bei Ostheim, auch gemeinsames Gewerbegebiet Mittleres Fuldatal (GMF) genannt, ausgesprochen. Zugestimmt haben sie auch dem neuen Verteilerschlüssel der beteiligten Mitglieder für ihren Anteil am Bau der Zubringerstraße zwischen B 83 und Gewerbegebiet (siehe Kasten). Dagegen gestimmt haben die beiden Mitglieder der Grünen-Fraktion.

Nach Ansicht von Peter Hammerschmidt (Die Grünen) komme das Gewerbegebiet zehn Jahre zu spät. Inzwischen gebe es zu viele Mitbewerber, etwa Gewerbegebiete bei Guxhagen, Remsfeld, Bebra, Neuenstein, Baunatal, Borken, Edermünde und Neuental. Nötig sei ein Gewerbebestrukturplan. Das GMF bedeute: mehr Straßen, mehr

Verkehr. Wenn viel Geld in das Ostheimer Gewerbegebiet fließe, befürchte er, werde es nichts für den Umbau den Gensunger Bahnhofsgeländes (wie berichtet) geben. Dem Doppelpack „Straßenbau und Gewerbe“ stimmten die Grünen somit nicht zu.

Die drei anderen Parteien folgten dagegen den Erläuterungen des Bürgermeisters und der schriftlichen Parlamentsvorlage: Klaus Stiegel wies darauf hin, daß das Gebiet leicht abgeändert sei, der erste Bauabschnitt bezieht sich auf die Fläche, die bereits im gültigen Regionalen Raumordnungsplan enthalten ist. Nutzbar für Gewerbebetriebe sind 20,5 Hektar. Diese können bis auf 38 Hektar erweitert werden. Darin nicht enthalten sind die Flächen für Straßenbau und Nebenflächen.

Die innere Erschließung finanziert der Zweckverband Mittleres Fuldatal selbst, sagte Stiegel (siehe Kasten). Er sei zuversichtlich und rechne mit einem baldigen Bescheid aus Wiesbaden. Sollte dieser ausbleiben, so hat sich der Verband in seiner öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit einer Klausel abgesichert. Demnach dürfen Zahlungsverpflichtungen für den Bau der Kreisstraße nur eingegangen werden, wenn die Finanzierung durch Landesbeihilfen sichergestellt ist. Aufge-

hoben hat das Parlament in diesem Zusammenhang jenen am 14. Mai vorigen Jahres mehrheitlich gefaßten Beschluß, aus dem Projekt auszusteigen, wenn Fördermittel nicht ausreichend fließen.

Der Wettbewerb um Gewerbegebiete sei außerordentlich hart, erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Winfried Thomas. In Felsberg sei sicher die eine oder andere Ansiedlung mangels geeigneter Flächen geplätzt. Der jetzige Beschluß des Parlaments solle ein Signal sein nach Bonn und Wiesbaden, schloß Thomas.

Heinz Winzenburg, FWG, ließ sich von Bürgermeister Stiegel noch einmal versichern, daß mit dem Bau des Autobahnanschlusses Ostheim nicht der bei Melsungen/Felsberg geschlossen werde.

Stiegel wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Bundesstraße dann voraussichtlich aber abgestuft und für den Schwerlastverkehr gesperrt werde. Damit könnte die Notfallspur am Melsunger Ortseingang gespart werden, ebenso eine Ortsumgehung für Melsungen.

Heinz Veit, SPD-Fraktionsvorsitzender, erwiderte auf Hammerschmidts Einwurf „falscher Zeitpunkt“ fürs Gewerbegebiet: Das sei ein falscher Ansatz. „Zukunftsinvestitionen sind immer Risiken“, sagte er.

Doch wer Angst habe vor Zukunftentscheidungen, der verharre. Stillstand aber sei Rückentwicklung und bedeute Abbau von Lebensqualität. Auch, wer sich nur auf Felsberg konzentriere, der trage das Risiko der Finanzierung und laufe Gefahr, auf dem Gelände sitzenzubleiben. Mit einem schnellen Erfolg dürfe man aber auch beim gemeinsamen Gewerbegebiet nicht rechnen, fuhr Heinz Veit fort. (bmn)

Gewerbegebiet in Zahlen

Etwa 5 Millionen Mark soll die Autobahnanschlussstelle Ostheim kosten. Sie wird von Bund und Land als Gemeinschaftsprojekt finanziert. Die Kosten für die Nordumgehung Ostheim wird auf 3,4 bis 4,9 Millionen Mark geschätzt, je nach Trassenführung. Für die Finanzierung dieser Landesstraße ist allein das Land Hessen zuständig. Die Zubringerstraße zwischen Gewerbegebiet und der B 83, Anschluß etwa bei der Domäne Fahre, ist mit rund 20 Millionen Mark veranschlagt. 80 Prozent der Kosten sollen aus dem Gemeinde-Verkehrsfinanzierungsgesetz bestritten werden, die restlichen 20 Prozent teilen sich die Gemeinden, die sich am GMF beteiligen.

Diese Kosten, rund 4 Millionen Mark, teilen sich wie folgt auf: Melsungen 52,5 Prozent, Felsberg 19,8 Prozent, Spangenberg 11,9 Prozent, Malsfeld und Morschen jeweils 7,9 Prozent. Melsungen trägt, wie berichtet, die Hauptlast, weil es am meisten von der neuen Straße profitiert. Die übrigen Kommunen teilen sich die restlichen Kosten entsprechend ihrer Einwohnerzahl. (bmn)

GEWERBEGEBIET

GL und FWG dagegen

Der Weg fürs Gewerbegebiet Ostheim und für einen Autobahnzubringer ist frei. Ja zu diesen beiden Projekten sagten im Malsfelder Parlament aber nur SPD und CDU, FWG und Gemeinschaftsliste sehen mehr Risiken als Nutzen.

MALSFELD ■ Mit zehn Einzelbeschlüssen hat das Malsfelder Parlament als Hausherr den Weg fürs Gewerbegebiet bei Ostheim frei gemacht. Getragen wurden die vorbereitenden Entscheidungen, wie Änderungen und Aufstellung von Bebauungs- oder Flächennutzungsplänen, aber nur von SPD-Mehrheitsfraktion und CDU.

Dem Abstimmungs-marathon ging eine Grundsatzdebatte über das Für und Wider des Vorhabens voraus. Darin stellten FWG und Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal ihre Bedenken gegen die beiden Großprojekte heraus. Aus Sicht der GL sind die Risiken und sind die Belastungen, die auf die Malsfelder Bürger zukommen, höher als der Nutzen.

Die FWG vermutet einen Etikettenschwindel hinter dem Gewerbegebiet. Es gehe lediglich darum, ein Argument für den Bau eines Autobahnzubringers zu haben, glaubt Helmut Mutschler. Mit dem Lockvogel Arbeitsplätze würden Steuergelder verschwendet. Das sei auch daran ersichtlich, daß die ursprüngliche Größe des Gewerbegebietes um mehr als zwei Drittel geschrumpft sei. Selbst das Argument, die Fuldaauen durch die Ansiedelung von Industrie im Hochland schonen zu wollen, sei nur eine unverbindliche Absichtserklärung.

So stimmte der Vertreter der Freien Wähler durchweg mit Nein. Zum Thema Nordumgehung Ostheim enthielt er sich der Stimme. Dagegen wurde diese Entscheidung für eine Verkehrsentlastung des Hochlanddorfes von der Gemeinschaftsliste mitgetragen. Die wiederum enthielt sich bei der Abstimmung über den Abschluß einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den übrigen vier beteiligten Kommunen (siehe obenstehenden Kasten) der Stimme und wollte auch für den Finanzplan nicht

verantwortlich zeichnen. Die den Autobahnzubringer betreffenden Entscheidungen quittierte die GL sämtlich mit Nein.

Seine Fraktion sei für den Bau eines Zubringers in Melsungen, auch das Gewerbegebiet wäre auf der dortigen Kuhmannsheide viel besser aufgehoben gewesen, meinte Lothar Kothe. Die ländliche Struktur der Großgemeinde Malsfeld werde stark beeinträchtigt, eine Autobahnauffahrt im Nebeloch Ostheim ungünstig und nur 11,5 Prozent Gewerbesteuerentnahmen der Industriebetriebe für die Malsfelder Gemeindekasse seien viel zu wenig. Schließlich kritisierte der GL-Sprecher, daß der Ankaufspreis von 1,50 DM bis fünf DM pro Quadratmeter für Ausgleichs- und Gewerbeflächen viel zu gering sei.

Selbst wenn der Autobahnzubringer in Melsungen Entlastungen und in Malsfeld Belastungen schaffe, seien die Chancen des Gesamtprojektes höher zu bewerten als die zu erwartenden Beeinträchtigungen, meinte CDU-Fraktionsvorsitzender Klaus Rehs. Aufgabe des Malsfelder Parlaments sei es

jetzt, die Interessen der Bürger zu wahren, deren Häuser an der Strecke liegen.

Das Gewerbegebiet habe hervorragende Standortbedingungen, so Rehs. Erdgas sei verfügbar, eine Erweiterung möglich, alles in allem „exzellente Zukunftsvoraussetzungen“. Das meinte auch SPD-Fraktionschef Helmut Weber. Die Nähe zu Autobahn, zum Containerbahnhof, die ausreichenden Wasservorräte der Gemeinde, die Möglichkeit, die Kläranlage bei Bedarf zu erweitern, das alles mache diese Gewerbegebiet interessant. Ausschlaggebend für die SPD sei, daß wohnortnahe Arbeitsplätze geschaffen würden. Zudem werde das Hochland vom Schwerlastverkehr entlastet. (l)

Lampe: Runde zwei Drittel des Dorfes sind dafür

OSTHEIM ■ Rund zwei Drittel der Dorfbewohner von Ostheim stehen dem Projekt Gewerbegebiet mit neuem Autobahnanschluß und -zubringer positiv gegenüber. Diese Einschätzung äußerte Ortsvorsteher Reiner Lampe nach einer Informationsveranstaltung, zu der der Ortsbeirat am Mittwoch die Bevölkerung des Malsfelder Ortsteils eingeladen hatte.

Die Zustimmung zu dem Projekt führt Lampe darauf zurück, daß damit auch die seit Jahren dringlich gewünschte Nordumgehung Ostheims komme und damit das Dorf vom Verkehr entlastet werde. Während des gut besuchten Infor-

mationstreffens standen, so Lampe, praktische Fragen im Vordergrund. Landwirte mahnten Regelungen an, die ihnen auch nach allen Neubauten die einfache Zufahrt zu ihren Feldern gestatten. Fragen kamen von Landbesitzern, die Teile ihrer Flächen für die Straßenbauten abgeben müssen.

Bürgermeister Herbert Vaupel hatte über die aktuellen Planungen zum Gewerbegebiet Ostheim informiert. Projizierte Folien gaben Aufschluß über die genaue Lage der Gewerbefläche und über die denkbaren Linienführungen der Straßen.

Der Zweckverband Mittleres Fuldata, berichtete Vaupel,

werde am 15. April ab 19 Uhr im Malsfelder Rathaus zu seiner nächsten Sitzung zusammenkommen.

Dorfwettbewerb

Zum ersten Mal seit über 20 Jahren wird Ostheim in diesem Jahr wieder am Wettbewerb „Unser Dorf“ teilnehmen. Es wird sich dabei mit 50 weiteren Orten im Schwalm-Eder-Kreis messen, berichtete Margot Sauer vom Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft (ARLL) in Fritzlar.

Sie informierte über Einzelheiten und Ziele des Wettbe-

werbes, bei dem eine Prüfungskommission die Dörfer zwischen dem 8. und 30. Juni besuchen und bewerten wird. Es gelte, die Vielfalt dörflicher Lebensformen zu bewahren und weiterzuentwickeln. Bewertet würden Erscheinungsbild von Dorf und Landschaft, aber auch Wirtschaftlichkeit, Lebensqualität, ökologische Aspekte und soziale Organisationen.

Im Ergebnis, so Margot Sauer, gehe es nicht nur um die Platzierung im Wettbewerb, sondern um eine Stärkung der dörflichen Identität, des Zusammenlebens und einer nachhaltigen Gestaltung des eigenen Lebensraumes. (tom)

Melsungen

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG 06.04.99

Gewerbeflächen im Kreis überregional angeboten

Das Kreis-Amt für Wirtschaftsförderung will jetzt die interessantesten Gewerbeflächen der Region zusammen mit einzelnen Kommunen vermarkten. Eine große Versandaktion ist geplant.

SCHWALM-EDER ■ Ein gutes Angebot ist wichtig, nur: Wenn niemand davon erfährt, hat das Ganze keinen Sinn. Frei nach dem Motto „Tue Gutes und rede drüber“ hat daher das Kreis-Amt für Wirtschaftsförderung eine Versand-Aktion gestartet, um attraktive Gewerbeflächen überregional anzubieten.

Zusammen mit den Städten und Gemeinden Borken, Friedendorf, Fritzlar, Gilserberg, Guxhagen, Homberg, Jesberg, Knüllwald und Schwalmstadt hat das Amt für Wirtschaftsförderung ein Faltblatt aufgelegt, aus dem alle wichtigen Daten über verfügbare Gewerbeflächen im Kreis hervorgehen. Die Kosten dafür wurden gleichmäßig verteilt.

Beantwortet werden in dem Blatt beispielsweise Fragen nach den Einwohnerzahlen der jeweiligen Gemeinden, nach Straßenanbindungen mit Kilometerangaben, nach Bahnananschlüssen, Flughafen-Entfernungen, zulässigen Nutzungen der Gewerbegebiete, nach Quadratmeterpreisen darin, Gewerbesteuerhebesätzen, Grundsteuern und besonderen Auflagen. Als Ansprechpartner für

die Firmen sind für jede Gemeinde die Bürgermeister mit Adressen, Telefon- und Fax-Nummern genannt.

Eröffnet werden die Angaben des Faltblatts auf seiner ersten Seite durch einen Hinweis auf die zentrale Lage der Region nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Schließlich erfahren Ansiedlungswillige aktuelle statistische Daten des Schwalm-Eder-Kreises.

Fast 80 000 Stück

Das werbende Faltblatt soll nun über die Publikationen „Wirtschaft Nordhessen“ (Herausgeber: Industrie- und Handelskammer in Kassel) sowie „Wirtschaft und Kammer Essen“ mit einer Auflage von zusammen fast 80 000 Exemplaren verteilt werden. Wenn die Resonanz positiv ist, sollen weitere bundesweite Werbe-Aktionen folgen.

Ferner steht die Wirtschaftsförderung des Schwalm-Eder-Kreises mit einem weltweit tätigen Maklerring sowie einem namhaften deutschen Versicherungsunternehmen in Kontakt. Beide Unternehmen wollen im Rahmen ihrer Kundenpflege Informationen über die Gewerbe-Standorte des Schwalm-Eder-Kreises vermitteln. (tpa)

Info: Amt für Wirtschaftsförderung, Kreisausschuß des Schwalm-Eder-Kreises, Parkstr.6, 34576 Homberg, ☎ 05681-775-280, Fax: 775-497.

Zweckverband gibt Initialzündung

Mit einer Reihe von Beschlüssen hat der Zweckverband Mittleres Fulda-tal eine Art Initialzündung für das Gewerbegebiet Ostheim gegeben.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Bemerkenswerte Einigkeit demonstrierten die Kommunen Melsungen, Malsfeld, Felsberg, Spangenberg und Morschen, die gemeinsam bei Ostheim ein Gewerbegebiet schaffen wollen. Im eigens dafür gegründeten Zweckverband Mittleres Fulda-tal wurden am Donnerstag mehrere Beschlüsse meist einstimmig gefaßt, die eine Art Initialzündung bedeuten.

Zugestimmt wurde beispielsweise dem Finanzierungsmodell für die Erschließung der rund 20 Hektar großen Gewerbefläche und dem Autobahnzubringer (HNA berichtete mehrfach). Außerdem wurde die Aufstellung der erforderlichen Bebauungspläne beschlossen und der Haushaltsplan 1999 des Zweck-

verbandes verabschiedet. 805 000 Mark müssen die fünf Kommunen für Planung und Umlage aufbringen.

Die Zusammenarbeit des Verbandes mit der Gesellschaft für Kommunalbau Hessen (GKH) wird nach Abschluß der Planungsarbeiten beendet, rund 500 000 Mark wird die GKH für ihre „fachlich einwandfreie Arbeit“ erhalten. Künftig aber will der Vorstand die Arbeiten zur Projektsteuerung und -begleitung auch an andere Büros vergeben.

Einstimmig beschlossen die Mitglieder des Zweckverbandes, auf eine teure Vermarktung der Gewerbefläche zu verzichten. Im GKH-Konzept waren für die Vermarktung 1,16 Millionen Mark vorgesehen, Geld, daß nach Ansicht von Zweckverbands-Vorsitzendem Klaus Stiegel gesparrt werden kann.

Denn schon jetzt, so der Felsberger Bürgermeister, lägen konkrete Anfragen von über einem halben Dutzend Inter-

senten vor. Stiegel: „Das stimmt uns optimistisch, daß eine professionelle Vermarktung gar nicht erforderlich sein wird.“

Die Anfragen kommen laut Stiegel sowohl aus dem Handwerk wie auch aus dem produzierenden Gewerbe. Darunter seien auch einige „bunte Schmetterlinge“ wie etwa der Bau eines Gefängnisses oder eines Kraftwerkes. Derartiges komme natürlich kaum infrage. Beim Verkauf der Flächen wolle der Verband auf eine gesunde Mischung der Betriebe achten, die sich dort niederlassen. In Sachen Vermarktung soll das Amt für Wirtschaftsförderung bei der Kreisverwaltung künftig auch für das Gewerbegebiet Ostheim die Werbetrommel rühren, beschloß die Versammlung einstimmig. Amtsleiter Hans-Georg Korell erläuterte, daß Ostheim bereits in die nächste Mailing-Aktion des Kreises aufgenommen werde. Dann werden Informationsbroschüren über die Gewerbeflächen im Kreis an mögliche Investoren

verschickt.

Die große Einigkeit in der Verbandsversammlung am Donnerstag machte deutlich, daß die schwierige Phase, die Interessen von fünf Kommunen zu bündeln, abgeschlossen ist.

Volker Wagner, Melsunger SPD-Politiker und Vorsitzender der Versammlung: „Alle Weichen sind gestellt, jetzt kann die eigentliche Arbeit beginnen.“ (tom)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

29.04.99

Minister Posch sieht neue Fördermöglichkeiten

MELSUNGEN ■ Für die Förderung der inneren Erschließung des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes bei Ostheim stehen nach Auskunft von Verkehrsminister Dieter Posch neue Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Das hat Posch dem Zweckverband Mittleres Fuldatal mitgeteilt.

Bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ habe erreicht werden können, daß der Schwalm-Eder-Kreis neu in die „Förderkulisse“ habe aufgenommen werden können, berichtete Posch. Damit könnte ab dem

Jahr 2000 für derartige Maßnahmen Geld aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem, so Posch weiter, setze er sich dafür ein, daß der nördliche Teil des Schwalm-Eder-Kreises auch in das neue Ziel-2-Gebiet der Europäischen Union aufgenommen werde. Dies würde die Fördermittel noch einmal erhöhen.

Angaben über die Höhe der möglichen Beihilfen machte der Minister allerdings nicht. Diese hingen von den tatsächlichen Kosten, vom Zeitpunkt und den dann insgesamt bereitstehenden Geldern ab.

(tom)

Posch: Bebauungsplan aufstellen

Hessens Verkehrs- und Wirtschaftsminister Dieter Posch hat die am Gewerbegebiet Ostheim beteiligten Kommunen aufgefordert, möglichst schnell den Bebauungsplan aufzustellen.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Für das gemeinsame Gewerbegebiet „Mittleres Fuldatal“ bei Ostheim sollte nach Ansicht des hessischen Wirtschaftsministers Dieter Posch möglichst schnell ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Er habe inzwischen mehrere bislang offene Punkte klären lassen, betonte Posch in einer Mitteilung. So könne mit der Besiedlung des Gewerbegebietes auch dann begonnen werden, wenn die äußere Erschließung durch Zubringerstraßen noch nicht realisiert sei. Dabei müsse aber ermittelt werden, welche zusätzliche Verkehrsbe-

lastung auf das vorhandene Straßennetz sowie die Ortsdurchfahrten in den Dörfern Malsfelds zukommen.

Die Förderung des Projekts aus Mitteln des Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungsgesetzes (GVFG) bezeichnete Posch als möglich. Allerdings sollte zwischen der Besiedlung und der äußeren Erschließung nicht zu viel Zeit verstreichen. Auf eine Umweltverträglichkeits-Prüfung könne aber auf keinen Fall verzichtet werden.

Voraussichtlich im nächsten Jahr sei damit zu rechnen, daß das Gewerbegebiet Ostheim mit Fördermitteln der Europäischen Union zusätzlich unterstützt werden könne. Denn vom Jahr 2000 an werde der nördliche Teil des Schwalm-Eder-Kreises in die neue, sogenannte Ziel-2-Förderung der EU aufgenommen. Deren Schwerpunkt sei der Ausbau wirtschaftlicher Infrastrukturen und die Erschließung gewerblicher Flächen, die mit bis zu 50

Prozent der Kosten gefördert werden könnten.

Auch eine Bezuschussung mit Mitteln aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe sei nicht ausgeschlossen, ergänzte der Minister. Sie sei aber an die Auflage geknüpft, daß die neue Gewerbefläche Betrieben mit vorwiegend überregionalem Absatz zur Verfügung gestellt werde.

Autobahnanschluß

Posch wies darauf hin, daß das Bundesverkehrsministerium dem Bau eines neuen Autobahn-Anschlusses bei Ostheim nur dann zustimmen werde, wenn der Zubringer von der Bundesstraße 83 durch Dritte gebaut wird. Deshalb müsse der Zweckverband Mittleres Fuldatal jetzt umgehend die Planung für die äußere Erschließung der Gewerbefläche in Auftrag geben.

Um das Verfahren zu beschleunigen, riet Posch dem

Zweckverband, zunächst dem Bund einen Entwurf mit Lage- und Höhenplan sowie den genannten Regelquerschnitte vorzulegen. Zeitraubende Teile des Entwurfs wie die entwässerungstechnischen Aspekte oder der aus der Umweltverträglichkeits-Prüfung zu entwickelnde landschaftspflegerische Begleitplan könnten nachgereicht werden.

Bei der Untersuchung der Verkehrsauswirkungen bot der Minister seine Hilfe an. Er wolle Kontakte mit Fachbüros der Straßenbauabteilung seines Ministeriums vermitteln.

Der FDP-Kreisverband Schwalm-Eder hat in einer Mitteilung die Bedeutung des gemeinsamen Gewerbegebietes für den gesamten Kreis unterstrichen. Vorsitzender Peter Klufmöller bezeichnete das Projekt als eines wichtigsten Vorhaben, das schnellstens zum Abschluß gebracht werden müsse.

(tom)

Investor will für eine Million kaufen

Das Gewerbegebiet Ostheim steht bislang nur auf dem Papier. Und doch hat sich schon jetzt ein Investor bereiterklärt, für eine Million Mark Fläche zu kaufen.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Das Gewerbegebiet bei Ostheim wird immer konkreter, auch die Zustimmung zu dem gemeinsamen Vorhaben von Melsungen, Malsfeld, Morschen, Felsberg und Spangenberg wächst: Bei der Versammlung des Zweckverbandes Mittleres Fuldata billigten die Mitglieder den Nachtragsetat des Verbandes, mit dem vier Millionen Mark für den Grundstücksankauf bereitgestellt werden.

Einstimmig

Bemerkenswert: Auch Jochen Böhme-Gingold von Bündnis 90/Die Grünen in Melsungen, bisher engagierter Kritiker des ganzen Vorhabens, stimmte für den Geländeankauf und ermöglichte so einen einstimmigen Beschluß.

Erleichtert wurde den Verbandsmitgliedern die Bereitstellung des Geldes durch eine Information von Felsbergs Bürgermeister Klaus Stiegel, der gleichzeitig Vorsitzender des Zweckverbandes ist: Danach hat ein Investor sich bereit erklärt, für eine Million Mark Gewerbefläche für den späteren Bau eines Betriebes zu kaufen und diesen Betrag schon jetzt hinzublättern. Stiegel wertete dies als Zeichen der hohen Attraktivität, die die Gewerbefläche direkt neben der Autobahn

für Investoren habe.

Für den Grunderwerb, so Stiegel, wären bei einem Quadratmeterpreis von etwa 11 Mark rund 4,2 Millionen Mark erforderlich. Die Verhandlungen mit den Landwirten verliefen vielversprechend, einige wollten verkaufen, andere ihr Land gegen andere Ackerflächen tauschen.

Die Nachfrage nach der Gewerbefläche sei bereits heute groß. Auch wenn deren Erschließung wegen der zu erwartenden höheren Zuschüsse durch die EU-Förderprogramme (HNA berichtete) billiger als erwartet werde, wolle der Verband am Verkaufspreis von 65 Mark pro erschlossenem Quadratmeter Land festhalten, erklärte Stiegel.

Inzwischen hat der Zweckverband die Aufträge für Bauleitplanung und Flächennutzungsplan ebenso in Auftrag gegeben, wie die Planung der notwendigen Straßenbauten. Die Straßen werden von einem Fachbüro aus Bad Hersfeld bis zur Baureife geplant, berichtet Stiegel. Allein dies werde rund 500 000 Mark kosten, die vom Verband aufgebracht werden

müssen.

Die fertige Planung solle noch in diesem Jahr dem Bundesverkehrsministerium in Berlin wegen des Autobahnanschlusses zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Verband hoffe, daß dann auch möglichst rasch mit dem Straßenbau begonnen werde, meinte Stiegel.

Drei Varianten

Ein Sprecher des Hersfelder Planungsbüros schilderte den aktuellen Stand des Verfahrens. Für den Autobahnzubringer von der B 83 zum Hochland werden zur Zeit drei Varianten geprüft, deren Trassen in unterschiedlicher Entfernung an der Wohnbebauung Malsfelds vorbeiführen. Sie unterscheiden sich in der Länge, den Kosten, der Lärmbelastung für die Wohnbereiche und die Umweltbeeinträchtigungen.

Am Mittwoch wollte das Büro eine Verkehrszählung im Hochland organisieren, um Informationen über die Verkehrsströme zu erhalten. Die Ergebnisse sollen in die Straßenplanungen einfließen.

Gedacht wird daran, die Ge-

werbefläche über zwei Kreisverkehre zu erschließen, weil dadurch teure Ampelanlagen überflüssig würden.

Geplant werde, so der Sprecher, auch der neue Autobahnanschluß bei Ostheim. Die An-

Anzeige

Ab Januar 2000 zahlt die Hälfte aller Deutschen Steuern auf ihre Zinsen.

← Zu welcher Hälfte gehören Sie? →

Persönlicher Check bei uns!

VR-Bank

Schwalm-Eder

Infos zur Nordumgehung

Wenn bei Ostheim ein Gewerbegebiet entsteht, muß der Malsfelder Ortsteil durch eine Umgehungsstraße vom Verkehr entlastet werden. Für diese sogenannte Nordumgehung wurden inzwischen drei Varianten erarbeitet, von denen die mit dem weitesten Abstand zum Dorfkern auf die größte Akzep-

tanz der Bevölkerung stoßen dürfte.

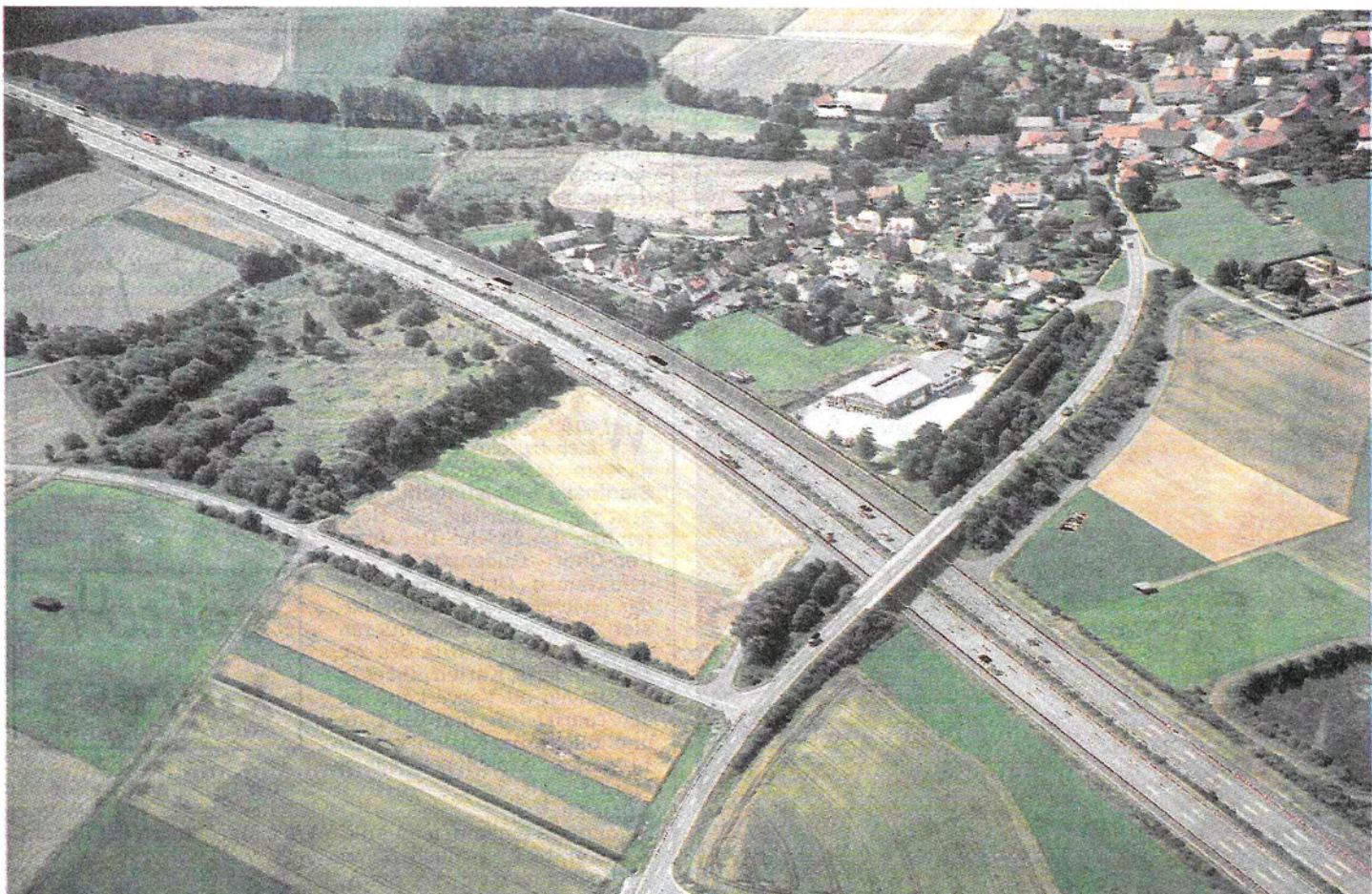
In einer öffentlichen Sitzung soll den Ostheimern diese Umgehungs-Variante vorgestellt werden. Dazu lädt der Ortsbeirat am Donnerstag, 7. Oktober, ab 19.30 Uhr alle Interessierten ins Dorfgemeinschaftshaus ein.

(tom)

bindung der Südfahrbahn könne danach direkt bei Ostheim erfolgen, der Anschluß für die Nordfahrbahn würde ein paar hundert Meter weiter Richtung Hilgershausen erfolgen.

Gestern endete das Anhörungsverfahren der Träger öffentlicher Belange. Nach Auskunft des Hersfelder Planungsbüros sind von den Ämtern und Behörden keine „dramatischen Einwände“ gegen die Straßenbauprojekte erhoben worden, meist habe es Zustimmung gegeben.

(tom)



Die künftige Gewerbefläche aus der Luft: rechts der Autobahn Ostheim, südlich und nördlich der Landesstraße Richtung Elfershausen (links der Autobahn) befindet sich die rund 20 Hektar große Gewerbefläche. Weitere 20 Hektar können bei Bedarf in Richtung Elfershausen erschlossen werden. (Foto: Stier)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

Vier Millionen für Flächenkauf

Für den Flächenerwerb zum Gewerbegebiet Ostheim hat der Zweckverband Mittleres Fuldata bereits vier Millionen Mark ausgegeben. Die Vermarktung soll im nächsten Jahr beginnen.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Die Idee eines gemeinsamen Gewerbegebietes von fünf Kommunen des Kreisteils Melsungen wird immer konkreter: Der Zweckverband Mittleres Fuldata hat inzwischen Flächen entlang der Autobahn bei Ostheim im Wert von rund vier Millionen Mark angekauft. Dies berichtete Melsungens Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel bei einem Treffen mit Vertretern aus Wirtschaft und Handel am Dienstag in der Stadthalle.

Die Verhandlungen mit den Landwirten, die die Flächen derzeit noch bewirtschaften, seien gut gelaufen, sagte Dietzel. Er zeigte sich zuversichtlich, daß die planerischen Voraussetzungen so zeitig abgeschlossen werden können, daß im Jahr 2001 mit der inneren

Erschließung der zunächst rund 20 Hektar großen Gewerbefläche bei Ostheim begonnen werden könne.

Bereits heute bestehe eine große Nachfrage durch investitionswillige Unternehmen, so daß wohl schon in wenigen Jahren auf die Erweiterungsfläche von nochmals 20 Hektar zurückgegriffen werden müsse. Die Vermarktung könne schon in diesem Jahr anlaufen, werde mit Nachdruck bundesweit allerdings erst ab 2000 betrieben, kündigte Dietzel an.

Bis 2001 sollte seiner Einschätzung nach auch das Baurecht für den neuen Autobahnzubringer vom Gut Fahre an der B 83 über das Hochland zum dann neuen Autobahnanschluß Ostheim führen. Für diese Straße würden derzeit drei unterschiedliche Varianten der Linieneinführung untersucht. Sie würde inklusive zweier Brücken über Fulda und Eisenbahn rund 20 Millionen Mark kosten. Dazu rechnet der Verband mit einem Zuschuß von 16 Millionen vom Land.

Zeitgleich mit dem Zubringer, so Dietzel, solle auch der neue Autobahnanschluß Ost-

heim für rund fünf Millionen Mark gebaut werden, etwa die gleiche Summe werde für die Nordumgehung Ostheims fällig.

Aus haushaltsrechtlichen Gründen könnten verbindliche Förderzusagen von Bund oder Land heute noch nicht gemacht werden, erläuterte Dietzel. Es lägen aber Zusagen des Landes vor, dieses in dieser Größe in Hessen einmalige Modellprojekt eines gemeinsamen Gewerbegebietes besonders zu fördern.

Zentral und günstig

Allgemein würden dem Gewerbegebiet wegen seiner zentralen Lage in Deutschland, der unmittelbaren Nähe von Autobahn und Containerbahnhof und des günstigen Preises von nur 65 Mark für den voll erschlossenen Quadratmeter große Chancen eingeräumt, meinte Dietzel. Der Malsfelder Containerbahnhof sei zwar inzwischen mit 150 Containern am Tag fast an seiner Kapazitätsgrenze angelangt, die Bahn habe aber zugesagt, einen zweiten Verladekran zu bauen, erläuterte Dietzel.

Ziel des Zweckverbandes sei es, bei Ostheim vor allem produzierendes Gewerbe mit vielen Arbeitsplätzen anzusiedeln, meinte der Verwaltungschef. Für Lageristen oder das Transportgewerbe mit ihrem großen Flächenbedarf bei wenigen Arbeitsplätzen sei das Gebiet nicht gedacht. Man werde aber zunächst alle Anträge sammeln und später entscheiden.

Besonders attraktiv wird das Gewerbegebiet Ostheim ab dem nächsten Jahr, wenn der Schwalm-Eder-Kreis in neue Förderprogramme der EU und des Bundes aufgenommen wird. Hans-Georg Korrell, Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung beim Kreis, schilderte die künftig drastisch steigenden Förderungsmöglichkeiten für den Kreis und besonders den nördlichen Kreisteil Melsungen.

Sein Rat: Wer jetzt Investitionspläne, solle möglichst sofort Förderanträge stellen, die von seinem Amt bis zur Entscheidungsreife bearbeitet würden. Ziel sei es, am 2. Januar 2000, wenn die neuen Fördersätze greifen, sofort fertige Förderanträge vorlegen zu können.

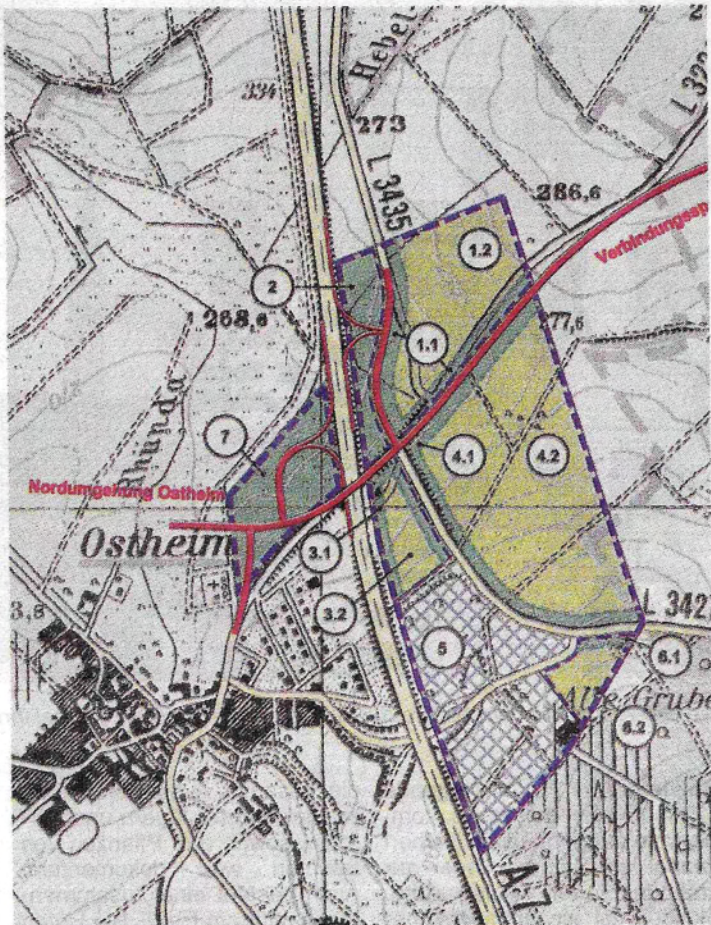
(tom)

Agenda 21

So wie bisher kann es nicht weitergehen

Melsungen. Der oberste Leitsatz der "Agenda 21" und das neue geplante "Gewerbegebiet Ostheim" waren die Kernpunkte bei dem Meinungsaustausch zwischen Wirtschaft und Stadt, zu dem Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel die Gewerbetriebe der Stadt Melsungen am Dienstag den 14. September 99 in die Stadthalle Melsungen einlud.

Das Gleichgewicht von Ökonomie und Ökologie, sowie die Verbesserung des sozialen Sicherheit ist der Grundgedanke der "Agenda 21". Diese anspruchsvolle Ziel kann nur erreicht werden, wenn viele Menschen auf der Erde daran arbeiten. Damit die lokale "Agenda 21" nicht zu einem reinen Umweltprogramm entgleist, müssen insbesondere auch die Unternehmer Arbeitskreise schaffen. Sachkundige Einwohner sollen auch ohne Parteibuch in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Zum Beispiel die Beschäftigungslage und den Arbeitsmarkt zu analysieren. Gewerbeflächenentwicklung zu beobachten - eventuell die Flächen mit Leben zu



Die Skizze zeigt das geplante Gewerbegebiet Ostheim.
Zeichnung: Ingenieurbüro Kittelberger

füllen. In Deutschland wird die Dienstleistung immer wesentlicher. Wie steht es mit der regionalen Selbstversorgung?

Diese und andere Fragen könnten in Arbeitskreisen erörtert werden.

Die Auftaktveranstaltung der "Agenda 21" findet am 25. September um 11.30 Uhr in der Stadthalle in Melsungen ihren Anfang.

Interkommunales Gewerbegebiet Ostheim

Die Zeiten sind vorbei, daß jede Gemeinde für sich alleine arbeitet, so Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel bei seiner Information zu dem neuen Gewerbegebiet Ostheim. Die Gemeinden Melsungen, Felsberg, Morschen, Spangenberg, und Malsfeld bildeten sich zu einem Zweckverband zusammen um ein neues Gewerbegebiet zu erschließen.

Im Schwalm-Eder Kreis ist eine neue Strukturschwäche erkenn-

bar, so das dieses Modellprojekt in Förderprogrammen berücksichtigt wird. Das Gebiet hat eine Größe von 20 Hektar und liegt unmittelbar an der A7. Eventuell stehen noch 20 Hektar nach geeigneten Werbemaßnahmen zur Verfügung.

Ein neuer Autobahnanschluß nach Ostheim wird zusätzlich gebaut. Das neue Gewerbegebiet wird im besonderen Attraktiv durch die Nähe zur Autobahn, Straße und Bahnverbindung und die Nähe zum Werbegebiet nach Melsungen.

Dieses Projekt wird mit 20 Millionen Mark veranschlagt. Auf die Städte und Gemeinden fallen vier Millionen Mark, informiert Bürgermeister Dietzel. Für Lageristen oder Transportgewerbe, mit großen Flächenbedarf sei das Gebiet nicht gedacht. Für die Kommunen hat die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum die höchste Priorität. -cr-

Autohof als Initialzündung?

Mit Schnellimbiss, Tankstelle, Motel und Rasthof soll's losgehen im Gewerbegebiet Ostheim. Mit den Stimmen der SPD-Mehrheit öffnete das Malsfelder Parlament am Donnerstag die Zufahrt für einen Autohof.

MALSFELD ■ Zu schade oder nicht? Das war die entscheidende Frage, um die sich die Diskussion in der Malsfelder Gemeindevertretung am Donnerstag drehte. Ist es schade drum ein Viertel Land des ersten Bauabschnitts des neuen Gewerbegebietes bei Ostheim für einen Autohof zu verwenden oder nicht? Nein, meinte die SPD-Fraktion und stimmte für die Änderung des Flächennutzungsplanes, um ein Sondergebiet Tank- und Rastanlage auszuweisen.

Das wertvolle Land sollte besser verwendet werden, argumentierten Gemeindefraktionen Hochland-Fuldatal, CDU und FWG einmütig, wobei die Hintergründe für diese Meinung voneinander abwichen. Bei der

Abstimmung enthielten sich CDU und GL. Helmut Mutschler von den Freien Wählern stimmte gegen das Sondergebiet.

„Große Hausnummern aus der Industrie“ habe man den Parlamentariern versprochen, erinnerte Mutschler, „die nur so Schlange stehen, um dieses Filetstückchen zu erwerben.“ Jetzt würde das Interkommunale Gewerbegebiet angeboten wie sauer Bier.

„Nicht gleich anbeißen“

Als erklärter Gegner des Gesamtprojektes Mittleres Fuldatal habe er zwar Verständnis dafür, daß die Befürworter froh seien, daß sich endlich ein ernsthafter Interessent gefunden habe, sagte Dr. Johannes Heyn von der GL, aber dennoch dürfe man nicht gleich beim ersten besten anbeißen. Eine Tank- und Rastanlage sei nun wirklich nicht das, was sich das Parlament vorgestellt habe.

Ein Punkt, in dem ihm Heinz Schneider (SPD) beipflichtete. Jedoch wolle seine Fraktion das Gebiet „erst einmal mit Leben erfüllen“. Die SPD habe sich die Entscheidung nicht leicht ge-

macht, sie sehe durchaus die Nachteile, aber eben auch die Vorteile.

Fraktionsvorsitzender Helmut Weber sprach von einer Initialzündung, die sich die Sozialdemokraten durch den Autohof erhoffen. Der solle mehr werden als nur eine Tankstelle. Immerhin sei in Rechnung zu stellen, daß Arbeitsplätze entstünden, betonte Schneider, ungefähr um die einhundert. Zwar viele minderer Qualifikation, „aber gerade die werden gebraucht“.

Ganz anders sieht das CDU-Fraktionsvorsitzender Klaus Rehs. Erste Priorität sollte sein, innovative Industrie anzusiedeln, um qualifizierte Arbeitsplätze entstehen zu lassen. „Wir wollen keine flächenverbrauchenden Betriebe.“ Zudem bediene ein Autohof keinen neuen Markt, sondern schaffe Konkurrenz zu Unternehmen in der Umgebung, selbst zu einem am Ort, das in jüngster Zeit erheblich investiert habe. Nicht zu vergessen sei das Mehr an Lärm durch den ein- und ausfließenden Verkehr.

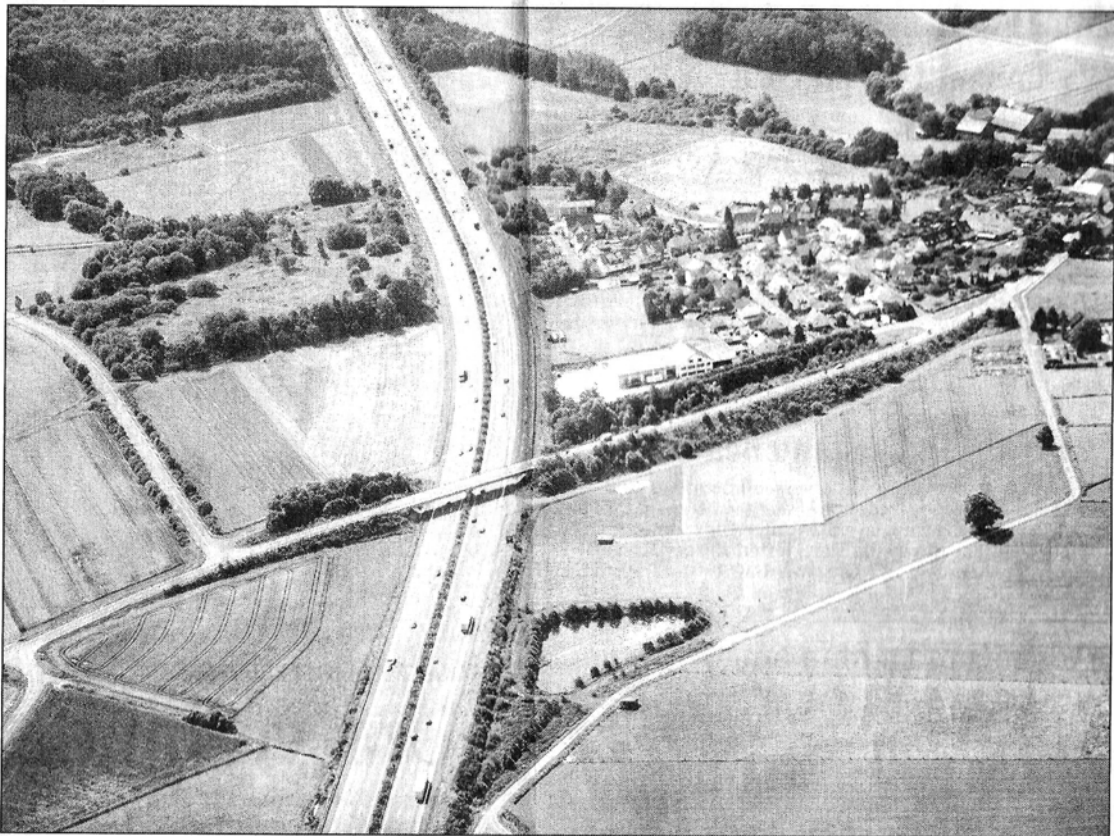
Und das direkt bei den Ostheimern vor der Haustür, er-

gänzte Dr. Heyn. Hektik, Abgase und Lärm würden direkt ans Dorf geholt. Außerdem müsse man differenzieren zwischen Vollzeit-Arbeitsplätzen und 630-Mark-Jobs. Wenn schon Gewerbegebiet, dann müsse man das Land so teuer wie möglich verkaufen „und nicht für'n Appel und 'n Ei.“ Genau, man könne die Fläche nur einmal verkaufen, ergänzte Hilmar Dobslaw für die CDU. Wenn schon Landschaftsverbrauch, dann nur für wirklich gute Zwecke.

Lärmschutz

Eine Argumentation, die Bürgermeister Herbert Vaupel „wankelmütig“ nannte. Der Markt richte sich nun einmal nach Angebot und Nachfrage. Der Autohof sei für das Leben im Gewerbegebiet nicht zu unterschätzen. Marktanalysen hätten ergeben, daß Bedarf bestehe. Weil die Verkehrszählung erst läuft, sei es „einfach verfrüht zu sagen, daß Ostheim dadurch mehr belastet wird.“ Richtung Norden erhalte der Ort vor der Ausfahrt Lärmschutz, versprach der Verwaltungschef. (1)

Im neuen Gewerbegebiet Ostheim soll am neuen Autobahnanschluss ein Rasthof errichtet werden. Esso hat bereits starkes Interesse angemeldet, dort eine Tankanlage zu betreiben. Denkbar sind auch ein Fast-food-Restaurant und ein Hotel. (Foto: Stier)



GEWERBEGEBIET

Keine JVA bei Ostheim

Das Land Hessen wird im Gewerbegebiet Ostheim keine Justizvollzugsanstalt bauen. Dagegen freundet sich der Zweckverband mit dem Bau einer Rastanlage an.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Für den Bau einer Justizvollzugsanstalt (JVA) auf dem Gelände des künftigen Gewerbegebietes Ostheim sieht das Land Hessen

VON THOMAS STIER

keine Möglichkeit. Martin Huff, Pressesprecher des Hessischen Justizministeriums erklärte auf HNA-Anfrage, eine JVA werde es bei Ostheim definitiv nicht geben.

Derzeit, so Huff, werde von einer Kommission in Wiesbaden ein Konzept erarbeitet, nach dem eine privat betriebene JVA in Hessen gebaut werden könnte. Das Gewerbegebiet Ostheim erfülle nicht die Kriterien, die an einen JVA-Standort angelegt

werden müssten.

Allerdings, so Klaus Stiegel, Bürgermeister von Felsberg und Vorsitzender des Zweckverbandes Mittleres Fulda, habe eine JVA ohnehin nur einen Nebenaspekt bei der Entwicklung des künftigen gemeinsamen Gewerbegebietes dargestellt. Stiegel hatte während der jüngsten Verbandsversammlung einen Bericht über den aktuellen Stand der Dinge gegeben.

„Nicht um jeden Preis“

Einstimmig hatte die Versammlung den Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet, in dem 4,2 Millionen Mark für den Grundstücksankauf bereitgestellt werden. Die Verhandlungen mit den Eigentümern stehen nach Auskunft Stiegels kurz vor dem Abschluss, wenn sie auch in Einzelfällen schwierig seien.

Sollte mit einzelnen Grundstücksbesitzern keine Einigung möglich sein, könne die Gewerbefläche auch so verschoben werden, daß deren Felder nicht

benötigt werden, meinte Stiegel. „Wir sind nicht bereit, jeden Preis zu akzeptieren“, stellte er fest. Günstig sei, dass der Verband auch auf Flächen zurückgreifen könne, die sich im Besitz von Bund oder Land befinden. Hier seien Kaufabschlüsse leichter.

Die Innere Erschließung der Gewerbefläche wird mit 1,8 Millionen Mark veranschlagt. Zur Finanzierung der nötigen Kredite hierfür und für den Grunderwerb rechnet der Verband mit Kosten von 270 000 Mark für Zins und Tilgung.

Parallel läuft auch bereits die Vermarktung der Fläche. Unter anderem ist geplant, an der neuen Autobahnabfahrt Ostheim einen Rasthof zu bauen (siehe Artikel unten).

Ansonsten möchte der Zweckverband die Fläche mit drei Schwerpunkten nutzen: Angestrebt wird die Schaffung eines Technologiezentrums gemeinsam mit der Gesamthochschule Kassel, wo vor allem Zukunftsbereichen etwa aus dem Computerbereich angesiedelt

werden sollten.

Ein zweiter Schwerpunkt soll auf Existenzgründer gelegt werden. Drittes Standbein schließlich seien Flächen, die für heimische Betriebe mit Umsiedlungs- oder Erweiterungsabsichten vorgehalten werden sollten.

Gesunde Mischung

Fest stehe für den Verband, dass die Vergabe der Gewerbeflächen nicht nach dem Zufallsprinzip, sondern nach einem klaren Konzept erfolgen solle. Damit solle eine gesunde Mischung aus einfachen und qualifizierten Arbeitsplätzen sichergestellt werden.

Stiegel berichtete von zahlreichen Anfragen und Vormerkungen möglicher Investoren, darunter auch heimische Unternehmen. Zunächst aber müssten die Grundstücksverhandlungen abgeschlossen, müsse Klarheit über die anstehenden Straßenbauvorhaben und den neuen Autobahnanschluss gewonnen werden.

Architekt Wilmar Rüttger soll Rasthof bauen

Für den Bau eines Rasthofes an der neuen Autobahnabfahrt Ostheim hatten sich drei Investoren angeboten. Nachdem alle ihre Konzepte hierfür dem Zweckverband vorgestellt hatten, entschied sich der Vorstand für den Körtler Architekten Wilmar Rüttger.

Der plant auf einer Fläche von rund fünf Hektar den Bau einer Tankanlage, eines Fast-food-Restaurants, möglicherweise eines Hotels und der entsprechenden Abstellflächen, besonders für Lastwagen.

Die Vergabe an Rüttger hatte zu Protesten bei einem anderen Bewerber, der Uslerer Projektentwicklungs-Gesellschaft Stenzel und Worrmann, geführt. Deren Gesellschafter, Olaf Worrmann und Siegbert

Karl Stenzel, warfen dem Zweckverband vor, ihr Konzept nun mit einem Konkurrenten umsetzen zu wollen. Sie kündigten rechtliche Schritte gegen den Zweckverband an.

Verbandsvorsitzender Stiegel wies diese Vorwürfe zurück. Selbstverständlich seien keine Unterlagen an andere Bewerber weitergegeben worden. Die Entscheidung für Rüttger habe einzig sachliche Gründe.

So hätten Stenzel und Worrmann mit der Hamburger Grundbesitz- und Entwicklungsgesellschaft GBS einen Investor angeboten, der für sich die Mehrheit in einer gemeinsamen Projektgesellschaft für die Entwicklung der Gewerbefläche beanspruchte. Dem Zweckverband wäre nur eine Minder-

heitenbeteiligung geblieben. Er hätte dann praktisch keinen Einfluß mehr darauf nehmen können, wie das Gewerbegebiet vermarktet wird.

Das sei absolut inakzeptabel gewesen, meinte Stiegel: „Wir wollen uns nicht wehr- und willenlos in Projekte hineintreiben lassen, die von Investoren an uns herangetragen werden.“ Den von Stenzel und Worrmann angekündigten Regressforderungen an den Verband räumte Stiegel keine Chance ein: „Wir haben niemanden aufgefordert, für uns tätig zu werden und keine Verträge unterschrieben. Deshalb haben wir auch niemandem gegenüber Verpflichtungen.“

Stiegel bezog auch Stellung zur grundsätzlichen Kritik an

einem Rasthof bei Ostheim, die etwa von den Grünen geäußert worden war (HNA berichtete). Der Rasthof werde – wenn überhaupt – direkt an der Autobahn gebaut, auf einer Fläche, die wegen des geforderten Mindestabstandes zur A 7 sonst nicht genutzt werden könnte. Dort dürften keine Gebäude, wohl aber Parkflächen entstehen.

Von einem solchen Rasthof mit seinen 80 bis 120 Arbeitsplätzen könne eine Art Initialzündung für das gesamte Gewerbegebiet ausgehen, hofft Stiegel. Natürlich müsse durch entsprechende Lärmschutzmaßnahmen sichergestellt werden, dass die Bewohner Ostheims nicht zusätzlich belastet würden. (tom)

Esso AG hat „starkes Interesse“ an Tankanlage

Die Esso AG Deutschland hat starkes Interesse daran, an einer Autobahn-Abfahrt Ostheim eine Tankanlage zu betreiben. Siegfried Fabisch, Verkaufsleiter der Esso AG in Aschaffenburg, kündigte gegenüber der HNA an, er wolle demnächst erste Gespräche mit dem Körtler Architekten Wilmar Rüttger führen.

Der Standort, so Fabisch, sei besonders für Lkw hochinteressant, weil die nächsten Raststellen Kassel und Hasselberg an der A 7 eher auf Pkw ausgerich-

tet und weniger für die großen Lastzüge geeignet seien.

Gerade in diesem Streckenabschnitt der stark befahrenen Autobahn fehlten Standplätze für Lastwagen, auf denen die Fahrer ihrer vorgeschriebenen Ruhezeiten verbringen können.

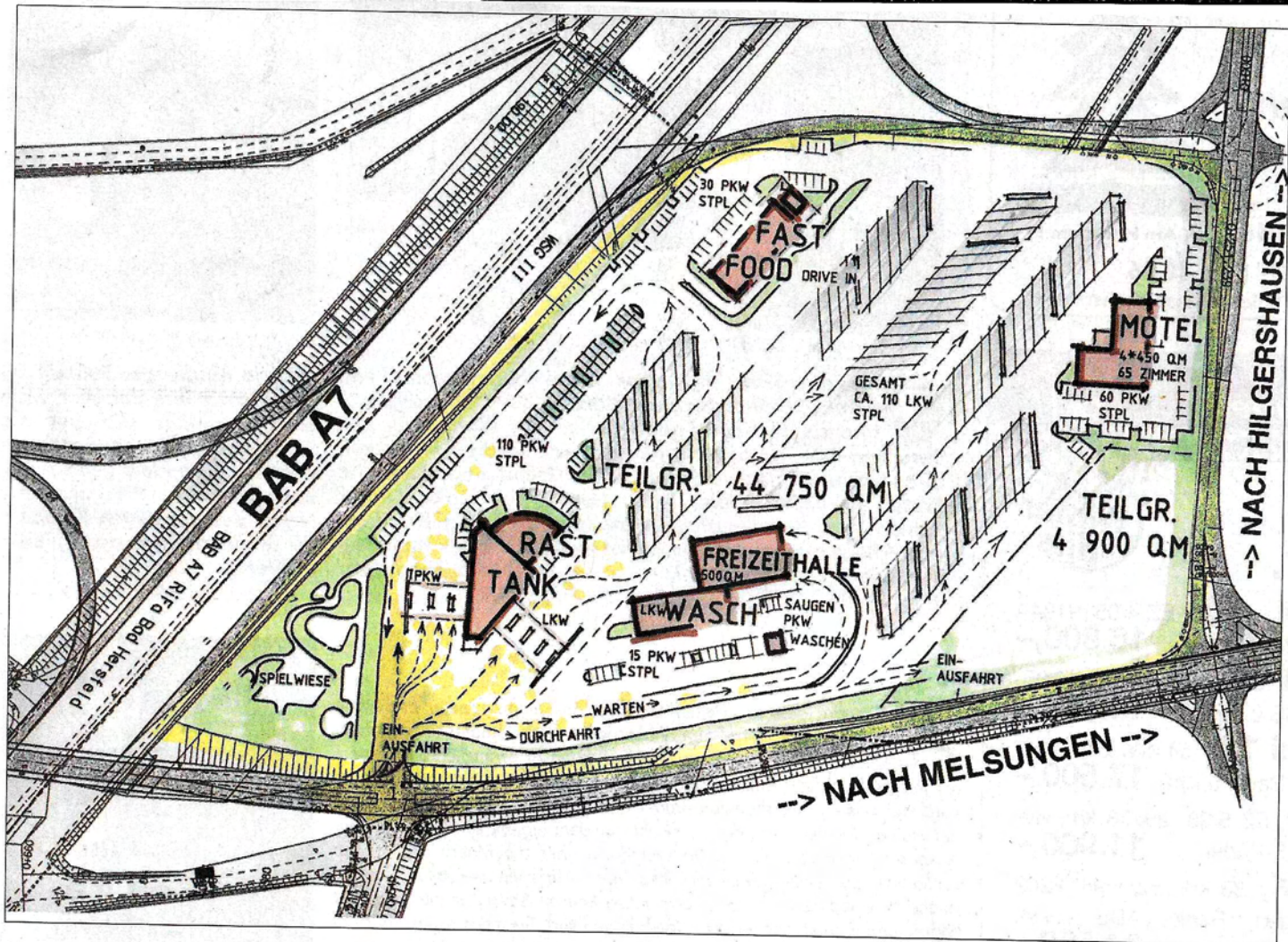
Architekt Rüttger will nun neben Esso auch andere Fast-food- und Hotel-Ketten ansprechen und für ein Engagement in Ostheim gewinnen. Beispielsweise würde Esso derartige Objekte oft mit Burger-King betreiben.

Einen Interessenskonflikt, weil er gemeinsam mit Aral im nur knapp 20 Kilometer entfernten Guxhagen einen Autohof bauen will, sieht Rüttger nicht: „Wir haben keine Konkurrenzschutz-Klausel vereinbart.“ Außerdem gehe Esso so oder so nach Ostheim, „wenn nicht mit mir, dann mit einem anderen“.

Andererseits zeigte er sich besorgt über die Entwicklung des Aral-Autohofes. Das Projekt sieht sich zunehmender Proteste der Bevölkerung aus Grifto

und auch Guxhagen ausgesetzt. Gleichwohl will Rüttger an seiner Verwirklichung festhalten, immerhin habe er schon rund 80 000 Mark in das Vorhaben investiert.

Im Gegensatz zu Rüttger sieht Zweckverbands-Vorsitzender Stiegel sehr wohl einen Interessenskonflikt, wenn ein und derselbe Investor so nahe beieinander zwei ähnliche Vorhaben umsetzen will. Stiegel: „Wir machen das mit Rüttger nur, wenn er nicht in gleicher Weise in Guxhagen antritt.“ (tom)



Erschließung Gewerbegebiet Ostheim vergeben Motel und Rasthof sind geplant

Malsfeld. Am Nikolaustag fiel die Entscheidung: Die PR Bau+Boden AG, Körle/Kaufungen mit ihrem Vorstand Hans Pfeiffer und Wilmar Rütger bekam den Zuschlag für die Errichtung eines Rasthofes im Gewerbegebiet „Mittleres Fuldata“ bei Ostheim. Der Verbandsversammlung des Zweckverbandes, die unter Leitung von Vorsitzendem Volker Wagner (Melsungen) in Malsfeld tagte, lagen noch zwei weitere Planungsentwürfe vor, einer stammt aus Norddeutschland, der andere ebenfalls aus Nordhessen. Die PR Bau + Boden AG ist als Entwickler von Gewerbegebieten, als Bauherr von gewerblich genutzten Immobilien und als Generalunternehmer tätig.

Das von ihr zu bebauende Grundstück hat eine Größe von 4,5 Hektar. Insgesamt stehen dem Gewerbegebiet Ost-

heim - beteiligt sind bekanntlich die Städte Melsungen, Spangenberg und Felsberg sowie die Gemeinden Malsfeld und Morschen - nach der jetzigen Planung 34750 qm zur Verfügung.

Bebauung in zwei Abschnitten

Wie der mit allen Vollmachten ausgestattete ehrenamtliche Geschäftsführer des Zweckverbandes, Bürgermeister a. D. Kurt Stöhr (Malsfeld), wissen ließ, darf mit einem zügigen Beginn und Fortgang der Erschließungs- und Bebauungsmaßnahmen gerechnet werden.

Stöhr geht davon aus, daß das Bau-recht im Sommer 2000 vorliegt und dann der Startschuß alsbald gegeben werden kann. Etwa um 2002/03 wird die Landschaft um Ostheim jedenfalls

ganz anders aussehen als heute noch. Nach den Plänen der PR Bau+Boden AG werden u. a. ein Motel, ein Rasthof mit Tankstelle und einer entsprechenden Anzahl Stellplätzen sowie ein Fast-Food-Lokal entstehen, verschiedene Firmen haben bereits Interesse signalisiert. Vorgesehen ist die Bebauung in zwei Abschnitten.

Die Gremien - Vorstand mit Bürgermeister Klaus Stiegel (Felsberg) an der Spitze, Geschäftsführung und Verbandsversammlung mit Volker Wagner, Melsungen als Vorsitzenden - haben sogar schon ziemlich konkrete Kostenschätzungen. Man rechnet mit einem Finanzbedarf von etwa 38 Millionen DM. Für den Landerwerb müssen rund 4 Millionen DM aufgewendet werden. Das Gewerbegebiet Ostheim wird sehr stark tangiert von dem geplanten neuen Autobahn-Zubringer Malsfeld - Ost-

heim und von der ebenfalls geplanten Nordumgehung von Ostheim im Zuge der Landesstraße. Hierfür gibt es drei Varianten. Der Malsfelder Ortsteil möchte am liebsten die Variante, die am weitesten vom Ortsrand vorbeiführt.

Die Kosten für die Umgehungsstraße gehen zu Lasten des Landes Hessen, der Zubringer von Malsfeld zur Autobahn ist mit 20 Mio. DM veranschlagt und wird Kreisstraße, die in erster Linie vom Bund aus GVFG-Mitteln (Gemeinde-Verkehrsfinanzgesetz) zu finanzieren ist. Der Bund stößt dafür anteilige Mittel aus dem Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer den Ländern zur Verfügung, die aber ausschließlich für die Beseitigung von Verkehrsnotständen der Kommunen eingesetzt werden dürfen.

Weiter auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

Motel und Rasthof für Ostheim

Für die Autobahn-Anschlußstelle ist ausschließlich der Bund zuständig. Die Erschließung des eigentlichen Gewerbegebietes ist eine Maßnahme des Zweckverbandes, der allerdings auf Zuschüsse von dritter Seite vertraut. Der Zweckverband Gewerbegebiet „Mittleres Fuldata“ und der

Schwalm-Eder-Kreis werben bereits seit Wochen mit einem farbigen Flugblatt für Gewerbeansiedlungen bei Ostheim.

Es wird ein günstiger qm-Preis für das Gebiet mit „optimaler Verkehrerschließung“ (BAB -Bundesautobahn- A 7, A 5, A 49, DB-Container-Termi-

nal) genannt. EU-Förderung und andere Hilfen zur Gewerbeansiedlung können beantragt werden. Zweckverband und Schwalm-Eder-Kreis bezeichnen in ihrer Veröffentlichung das Gewerbegebiet als in „Geo-zentraler Lage mitten in Europa.“ (g)

Helmut - Nachrichten

15.12.1999